

[24. Mai 2020](#)

Stellungnahme zu den jüngsten Angriffen auf den Bundestagsabgeordneten der LINKEN, Andrej Hunko



Liebe GenossInnen, liebe Interessierte,

In den letzten Tagen schlugen in den sozialen Medien die Wogen hoch. Dabei ging es um die Rede von Andrej Hunko auf einer Kundgebung in Aachen, die sich kritisch mit den Freiheits- und Bürgerrechtseinschränkungen befasst, welche im Zusammenhang mit den „COVID 19“- Maßnahmen der Bundes- und Länderregierungen erfolgten.

Von Katja Kipping bis Stefan Liebich hagelte es reichlich Kritik. Ansatzpunkt dieser Kritik war der Vorwurf, A. Hunko habe mit in seinem Redebeitrag „Stichworte benannt, die an viele Verschwörungstheorien anknüpfen“, so Liebich. Frank Tempel, Mitglied des Bundesvorstandes der Partei formulierte: „Opposition darf und wird bei der Linken nicht dazu führen, grundsätzlich alles infrage zu stellen und Verschwörungstheorien nachzuplappern, weil die bei Teilen der Bevölkerung gerade populär sind“ und schloss mit der Aufforderung: „Zeit, in Rente zu gehen, Genosse Hunko. Corona scheint auch manchen Geist zu verwirren.“ In seiner Funktion als Fraktionsvize habe Hunko eine Verantwortung gegenüber der Partei, die bedeute, dass auf Demonstrationen nur Dinge gesagt werden dürften, die „mit einer gründlichen Recherche haltbar sind“.

Wir sind in diesem Punkt der Auffassung, dass dieser Grundsatz auch gelten sollte, wenn man einen Genossen öffentlich kritisiert. Wir unterstellen natürlich, dass die Kritiker aus Parteivorstand und Fraktion diesem Grundsatz wenigstens soweit gefolgt sind, dass sie den öffentlich zugänglichen Redetext vor der Verfassung ihrer Schmähkritik gelesen und den Veranstaltungskontext recherchiert haben.

Wir haben allerdings berechtigte Zweifel, ob sie sich dieser Mühe überhaupt unterzogen haben. Denn es stellt schon eine intellektuelle Leistung dar, in den Redetext ein „nachplappern von Verschwörungstheorien“ (so Tempel) hineinzulesen, obwohl A. Hunko sich in seiner Rede davon deutlich ausdrücklich distanziert hatte („.....Mit tatsächlichen Rechtsextremisten oder mit Leuten, die glauben, hinter Corona stehe ein Masterplan zur Ausrottung der Menschheit, will ich auch nichts zu tun haben“). Auf demselben Niveau argumentiert sein Fraktionskollege Liebich, wenn er der Wahrheit zuwider behauptet, A. Hunko habe „Stichworte genannt, die an viele

Verschwörungstheorien anknüpfen“ und im Zusammenhang mit der WHO ... Bill Gates zu erwähnen, sei völlig falsch.“ Andrej Hunko hat jedoch deutlich kritisiert, dass die WHO nur noch minderheitlich von Staaten und stattdessen von zweckgebundenen privaten Spenden (u. A. der Pharmaindustrie) finanziert wird. Soweit wir wissen, gibt es keine offizielle Stellungnahme der LINKEN mit anderem Inhalt, oder gar eine, die diesen Umstand lobt. Dass nun auch der Name der Melinda und Bill Gates – Stiftung erwähnt wurde, halten wir für völlig angemessen, zumal A. Hunko sich in seiner Rede ausdrücklich von den „Gates“ notierten Verschwörungstheorien distanziert hat.

Wir sind darüber hinaus der Auffassung, dass es in unserer Partei selbstverständlich sein sollte, als Mandatsträger in der Öffentlichkeit aufzutreten und dass es nicht zu unseren demokratischen Grundsätzen passt, solche Auftritte mit Partei- oder Fraktionsspitzen vorher abzustimmen, wie die Genossin Kipping sich in ihrer Stellungnahme gewünscht hat, jedoch bei ihren öffentlichen Auftritten selbst nicht praktiziert.

Vollständigkeitshalber möchten wir betonen, dass Kritik an politischen Äußerungen selbstverständlich notwendig und für den demokratischen Diskurs in unserer Partei unabdingbar sind und bleiben. Dazu gehört jedoch zwingend ein Mindestmaß an Seriosität bei der Rezeption der kritisierten Person und der Vorgänge und ebenso ein Mindestmaß an Anstand und der Verzicht auf Beleidigungen und persönliche Schmähungen. Alle drei Hürden für eine konstruktive Kritik sind in diesem Fall gerissen worden.

Wir halten eine Stellungnahme zu den jüngsten Angriffen auf den Bundestagsabgeordneten der LINKEN, Andrej Hunko

und den politischen Prozessen, unter denen sie zustande gekommen sind, für wichtig und notwendig. Ebenso wichtig und richtig ist eine deutliche Abgrenzung zu Vereinnahmungen von rechter Seite. Beides hat A. Hunko, in aller Deutlichkeit in seiner Rede getan.

Sehr wesentlich ist für uns noch folgender Punkt:

Die Corona – Diskussion hat offensichtlich den Charakter einer bipolaren Vereinfachung. Hier die „Coronaleugner“ (für die sind alle Nicht – Leugner dumm oder verschworen), dort die „Vernünftigen“ (für die sind alle „Coronaleugner“ dumm oder Verschwörungstheoretiker, mit unterstellten niedrigen Beweggründen). Wenn Differenzierungen stattfinden, dann oftmals mit der Intention, irgendjemanden auf einen der beiden Pole zu verfrachten. Positionen, die kritisch zu einzelnen Maßnahmen stehen und gleichzeitig durchaus keine „Leugner“ sind, werden dabei gnadenlos diffamiert. Diese Polarisierungswut ist bestens geeignet, jede linke

Perspektive auf das Thema zu unterlaufen und, noch schlimmer, jeden Diskurs (und Linke brauchen den Diskurs als Mittel zur Analyse) darüber zu zerstören. Wir wissen vieles nicht und noch mehr nicht genau genug. Was wir als Linke jedoch erkennen können, ist die offensichtliche Unfähigkeit eines des kapitalistischen Systems, mit so einer Krise umzugehen. Daraus könnte eine wirkungsvolle Systemkritik erwachsen, die krisenbedingt von den meisten Menschen aus der unmittelbaren Anschauung nachvollziehbar wäre. Wir könnten positive Ansätze kommunizieren, wie die „Nach-Corona-Welt“ aus unserer Perspektive aussehen sollte. Wenn wir die Verteilung öffentlicher Mittel an gewinnausschüttende Konzerne geißeln oder immer wieder die Frage stellen, wer denn für die „Bekämpfungskosten“ am Ende aufkommen soll oder wenn wir den Finger in die Wunde legen, dass Hartz4 Empfänger*innen und Geflüchtete wie Menschen geringeren Wertes behandelt werden. Der Kapitalismus versagt hier völlig und der neoliberalen Ideologien ergebene Staat und seine Institutionen, nicht minder.

Die Einschränkungen der Versammlungsfreiheit pauschal hinzunehmen und dabei keinen kritischen Gedanken mehr zu denken, hat nichts mit einem sozialistischen Anspruch zu tun. Um hier aus linker Perspektive Alternativen aufzuzeigen, muss man doch nicht Corona leugnen. A. Hunko vorzuwerfen, zu wenig Distanz zu Nazis und VTLern gezeigt zu haben, ist schon ein starkes Stück Realitätsverzerrung. Ihm wird vorgeworfen, zu einem Thema Stellung bezogen zu haben, zu dem auch Rechte, Nazis und Ähnliche an die Öffentlichkeit gehen. Das ist völlig absurd. Wir nehmen seit Jahren zur Kenntnis, dass prominente GenossInnen, wie Sahra Wagenknecht, Katja Kipping und auch Janine Wissler zu Talkshows gehen und sich mit AFDlern an einen Tisch setzen. Wo bleibt das Geschrei? Damit wird vielleicht nochmal die Unverhältnismäßigkeit und die Willkür des Vorwurfs der „mangelnden Distanz“ deutlich.

Die sozialen Folgen der Corona Pandemie werden aus unserer Sicht alles in den Schatten stellen, was wir seit Anbeginn der Bonner und später Berliner Republik erlebt haben. Die soziale Ungerechtigkeit wird zum Himmel stinken und die folgenden Auseinandersetzungen werden auch mit bürgerlichen Freiheiten auszufechten sein. Das sollte Linken jederzeit bewusst sein. Sich jetzt damit zu befassen, wie diese eingeschränkt werden, ist also sehr opportun, auch wenn dazu der Infektionsschutz bemüht wird.

Wir wünschen uns zukünftig einen Umgang mit GenossInnen, der dem Solidaritätsanspruch unserer Partei entspricht und sind im Übrigen der Ansicht, dass Diskurseinschränkungen der oben beschriebenen Art für eine linke Partei gefährlich und damit zu bekämpfen sind.

Die Freiheit besteht darin, es ab Morgen besser zu machen.

Solidarische Grüße

UnterzeichnerInnen:

Jürgen Aust, Inge Höger, Ingrid Jost, Joscha Kölsch, Udo Hase, Melanie Schmidt-Krobok, Thomas Zmrzly, Thies Gleiss, Falk vom Dorff, Wolfgang

Zimmermann, Otto Ersching, Gabi Bieberstein, Helmut Born, Jürgen Senge, Dietmar
Liebetanz